

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Gesundheitswesen - Ladenschlußzeiten
- Kohlepolitik - Maxhütte - EG**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1987) : Kurz kommentiert: Gesundheitswesen - Ladenschlußzeiten - Kohlepolitik - Maxhütte - EG, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 11, pp. 541-542

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136334>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gesundheitswesen

Einseitige Strukturreform?

Ende Oktober einigte sich eine Expertenkommission der Bonner Koalition auf ein Maßnahmenpaket zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Durch diese Maßnahmen sollen die Ausgaben der Kassen von gegenwärtig ca. 120 Mrd. DM pro Jahr um 14-15 Mrd. DM gesenkt werden. Diesen Einsparungen stehen allerdings geschätzte Mehraufwendungen in Höhe von 6-7 Mrd. DM gegenüber, die sich aus der geplanten Absicherung des Pflegefallrisikos ergeben.

Treffen diese Zahlenangaben der Sozialexperten zu, könnten die Krankenkassenbeitragssätze um gut 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden. Daran läßt sich jedoch zweifeln. Zum einen ist über die Details der Pflegefallabsicherung noch nicht entschieden – seriöse Kostenschätzungen sind daher nicht möglich. Zum anderen bleibt abzuwarten, welche Punkte aus der stattlichen Liste der Kostensenkungsvorschläge den langen Weg bis zur Gesetzgebung überstehen. Der besonders kostenträchtige Krankenhaussektor blieb ohnehin schon weitgehend ausgespart.

Als relativ gesichert kann gegenwärtig nur die Verwirklichung der Vorschläge gelten, denen sich keine einflußreichen Interessengruppen entgegenstemmen. Das gilt z.B. für die verstärkte Selbstbeteiligung der Patienten an den Medikamentenkosten, die Streichungen von Leistungen für Bandagen, Brillengestelle und Zahnersatz oder den Wegfall des Sterbegeldes. Sehr ungewiß erscheinen dagegen die im Pharmabereich geplanten Einsparungen, denn diese Branche verfügt in der Koalition über mächtige Fürsprecher. Noch besteht daher die Gefahr, daß die immer wieder angekündigte „Strukturreform“ sich als eine Operation entpuppt, bei der auf Kosten der Patienten und Beitragszahler sichergestellt wird, daß die gesetzliche Krankenversicherung auch in Zukunft über überhöhte Arzneimittelpreise den Werbeaufwand der Pharmaindustrie von knapp 6 Mrd. DM pro Jahr finanzieren kann. er

Ladenschlußzeiten

Seltene Eintracht

Kurz vor Weihnachten soll im Einzelhandel gestreikt werden. So lauten jedenfalls die Pläne der Gewerkschaft HBV für den Fall, daß die Arbeitgeber bis dahin den gewünschten Tarifvertrag nicht unterschreiben –

einen Tarifvertrag, in dem die derzeitigen Ladenschlußzeiten auf Dauer festgeschrieben werden sollen.

Bekanntlich herrscht in der Frage der Ladenschlußzeiten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften seltene Eintracht: beide wollen keine Änderungen. Während die Arbeitgeber jedoch durch Einflußnahme auf die Regierungsparteien eine Änderung des Ladenschlußgesetzes zu verhindern suchen, möchten die Gewerkschaften auf Nummer sicher gehen und die gegenwärtig geltenden Ladenschlußzeiten tarifvertraglich fixieren. Die in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) organisierten Arbeitgeber wiederum befürchten, daß die Bundesregierung den Tarifvertrag nicht für allgemeinverbindlich erklärt. Dann könnten Betriebe des Einzelhandels, die der HDE nicht angeschlossen sind, bei einer Änderung des Ladenschlußgesetzes ihre Waren zu Zeiten anbieten, zu denen die Verbandsmitglieder per Tarifvertrag zu schließen gezwungen wären.

Die Ängste der im Einzelhandel Beschäftigten um ihren Feierabend – der für sie schon jetzt viel später anfängt als für die meisten Erwerbstätigen – sind zwar verständlich. Andererseits liegt es aber nun einmal in der Natur von Dienstleistungen, daß sie nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt, sondern gerade dann erbracht werden müssen, wenn sie benötigt werden. Wer in einem Dienstleistungsbetrieb beschäftigt ist, muß diese Tatsache akzeptieren. Im übrigen würden Arbeitskämpfmaßnahmen vor allem die Kunden des Einzelhandels treffen, die gezwungen wären, ihre Weihnachtseinkäufe unter noch größerem Streß als sonst zu erledigen. Das Ergebnis dürfte sein, daß die Stimmen, die nach einer raschen Änderung des Ladenschlußgesetzes rufen, noch lauter werden. iw

Kohlepolitik

Heftige Reaktionen

Aufgrund der starken Verbilligung des Rohöls im vergangenen Jahr und der Talfahrt des Dollars stiegen die Kohlesubventionen drastisch an. Daher hatten sich die Regierungsparteien im Februar darauf geeinigt, Maßnahmen zur Begrenzung dieser Zahlungen zu ergreifen. Neben einer Verminderung der Ausgleichszahlungen nach dem Dritten Verstromungsgesetz (Kohlepfennig) ist geplant, die Hilfen für den Kokskohleexport einzustellen. Da die Aufrechterhaltung der teuren Steinkohleförderung offiziell vor allem mit der Versorgungssicherheit der Bundesrepublik begründet wird, erscheint es nur folgerichtig, den Export von Kohle, der dazu keinen Bei-

trag leistet, nicht mehr aus Steuermitteln zu subventionieren. Die Hilfen sollen bis 1991 schrittweise abgebaut werden.

Die Umsetzung der Beschlüsse gestaltet sich erwartungsgemäß schwierig. Der Steinkohlenbergbau will nämlich die Lieferungen an andere EG-Länder noch möglichst lange aufrechterhalten, um die ohnehin drückende Last der Anpassung der Förderung an eine schrumpfende Nachfrage nicht noch weiter zu vergrößern. Die drohende Schließung einer Zeche im Aacheener Revier als Folge der beabsichtigten Subventionskürzung für Exportkohle hat nun auch innerhalb der Bundesregierung den Widerstand gegen die Sparpläne gestärkt.

Die heftigen Reaktionen auf die Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums machen erneut deutlich, daß die energiepolitischen Begründungen für die deutsche Kohlepolitik auf schwachen Füßen stehen. Das Argument der Versorgungssicherheit ist für den Steinkohlenbergbau nur so lange nützlich, wie es sich für die Erhaltung von Förderkapazitäten einsetzen läßt. Tatsächlich ging es aber immer in erster Linie um sozial- und regionalpolitische Probleme.

ma

Maxhütte

Bedenkliche Vorzeichen

Die Rettungsaktion zugunsten der unter merkwürdigen Umständen in Konkurs gegangenen bayerischen Maxhütte scheint entscheidende Fortschritte gemacht zu haben. Sie läuft allerdings unter ordnungspolitisch höchst bedenklichen Vorzeichen ab. An der zu gründenden Auffanggesellschaft – sie soll später in die „Maxhütte neu“ übergehen – will sich der bayerische Staat mit 39% beteiligen; die restlichen 61% sollen sechs Stahlkonzerne übernehmen. Inzwischen ist allerdings ein Engagement von Peine-Salzgitter unwahrscheinlich geworden, so daß der bayerische Staatsanteil wohl letztlich bei 49% liegen dürfte. Während die Bundesregierung unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten zunehmend auf Privatisierung drängt, ist die bayerische Regierung weniger festgelegt und hat – wenn es um das eigene Bundesland geht – geringe ordnungspolitische Skrupel.

Bislang hat der bayerische Staat schon etwa 250 Mill. DM als Finanzspritzen in die Maxhütte injiziert. Hinzu wird noch einmal die gleiche Summe kommen. Besser wäre es sicherlich gewesen, statt an die Maxhütte Erhaltungssubventionen zu zahlen, diese Finanzmittel durch

eine geringere Besteuerung bei gesunden Unternehmen zu belassen. Per saldo hätte das vermutlich mehr Arbeitsplätze bedeutet, als jetzt bei der Maxhütte künstlich erhalten bleiben. Zudem ist trotz Beteiligung der bayerischen Regierung keineswegs sicher, ob die Maxhütte mittel- und langfristig überlebt. Denn die Stahlhersteller, die die unternehmerische Führung übernehmen dürften, beteiligen sich wohl kaum aus Mitleid mit den Beschäftigten. Ihnen dürfte es vor allem darum gehen, im Wege einer kartellähnlichen Lösung marktordnend und -sichernd im Profilstahlbereich tätig zu werden, nicht aber um den grundsätzlichen Erhalt der Maxhütte.

hk

EG

Überfällige Finanzreform

In der Haushaltspolitik sind Gemeinschaftsorgane und Mitgliedstaaten der EG jetzt an einem Punkt angelangt, an dem politische Entscheidungs- und Gestaltungskraft stärker als je zuvor gefordert ist. Es geht um die weitere Finanzierung der Gemeinschaft. Diese muß sich rasch über die künftigen Aufgaben – nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Ziele der Europäischen Akte (Binnenmarkt bis 1992, Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts, Forschung und Entwicklung, Umweltschutz) – klar werden und die finanzielle Bedarfsdeckung auf mittlere Sicht sicherstellen.

Mit den bisher üblichen buchhalterischen Tricks wird man künftig nicht mehr weiterkommen. Für 1988 war der Ministerrat erstmals in der Geschichte der Gemeinschaft nicht in der Lage, einen Haushaltsentwurf termingerecht vorzulegen. Für das Jahr besteht eine Deckungslücke von mindestens 6 Mrd. ECU. Damit wird die Gemeinschaft ab Januar wohl wieder für einige Monate mit Hilfe des restriktiven Notregimes der provisorischen Zwölfel finanziert werden müssen. Das wäre noch akzeptabel, wenn es den Regierungen zwischenzeitlich gelingen würde, endlich die notwendigen Reformen, d.h. vor allem den Abbau der Agrarlastigkeit des Haushalts, einzuleiten. Angesichts der zu Unrecht als Obstruktion bezeichneten festen britischen Haltung, einer Aufstockung der EG-Finanzmittel nur nach Zusicherung einer klar definierten Begrenzung der Agrarausgaben zuzustimmen, besteht hier eine gewisse Hoffnung. Das gilt um so mehr, als auch die Kommission mit ihrem Vorschlag der verstärkten Einführung haushaltstechnischer Stabilisatoren, wie es sie seit 1981 für eine Reihe von Marktordnungsprodukten gibt, in eine ähnliche Richtung zielt.

kr